

Neudruck

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Flächenraubbau für Kies in Mühlberg und Umgebung stoppen

Im Gebiet um die Stadt Mühlberg wird seit 1967 Kies abgebaut. 530 Hektar landwirtschaftliche Fläche sind bisher abgetragen. Diese Flächen wurden der Landwirtschaft völlig entzogen und bisher auch nicht rekultiviert, zum Teil sind es Wasserflächen.

Im September 2015 informierte der Wirtschaftsminister in der Antwort zu einer Kleinen Anfrage, dass eine Kiesgewinnung in Mühlberg auf einer Fläche von 538 Hektar zugelassen ist, in Bad Liebenwerda befindet sich eine Fläche von 83 Hektar in Vorbereitung für den Kiesabbau, Abbaufverfahren sind in Mühlberg auf 707 Hektar in Bearbeitung.

Es arbeiten zwei Kieswerke in der Region, das Werk in Altenau baut auf 112 Hektar Kies ab, eine Erweiterung auf 220 Hektar (mit Gleisanschluss) ist in Vorbereitung. Die Firma Elbekies baut auf 480 Hektar ab, weitere 30 Hektar sind genehmigt. Ein Genehmigungsverfahren für weitere 45 Hektar läuft, ein weiterer Neuantrag für 360 Hektar, der noch um 300 Hektar erweitert werden kann, wird angestrebt.

Somit geht es um weitere fast 700 Hektar in naher Zukunft.

Im Ergebnis einer aktuellen Raumbelastungsstudie sollen sich um Mühlberg herum acht Abbaufelder als Vorbehalts- und Vorrangflächen befinden, unter denen ca. 6 Milliarden Tonnen Kies und Kiessande lagern.

Viele dieser Flächenbereiche sind konfliktreich, bei dem Schutzgut Boden handelt es sich bei ca. 50% um Auenböden, 50% um Sandböden. Beim Abbau würde der Landwirtschaft die Produktionsgrundlage entzogen.

In dem zu betrachtenden Gebiet gibt es drei FFH-Gebiete, ein Naturschutzgebiet und ein Landschaftsschutzgebiet, in dem sich ein Vogelrastplatz mit internationaler Bedeutung befindet. Durch den Kiesabbau würden 20 Hektar FFH-Gebiet, ein Landschaftsschutzgebiet und ein Biotop wegfallen.

Die Flächen, die für den Kiesabbau infrage kommen, sind ausgewiesene Hochwasserschutzgebiete, Auswirkungen auf das Grundwasser und das Trinkwasser sind gegeben.

Lärm, Staub und Verkehr sind als Belastungen für die dort wohnenden Menschen zusätzlich gegeben. Hinzu kommt, dass auf der sächsischen Seite ähnliche Abbauanstrebungen vorangetrieben werden. Wenn alle in der Zulassung befindlichen Gebiete in Brandenburg abgebaut werden, entstehen 2.000 Hektar Wasserflächen. Besonders besorgniserregend ist die Ausschreibung von Flächen der heutigen Gedenkstätte des Speziallagers Mühlberg für den Kiesabbau durch die Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft des Bundes. Es sind Flächen eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, das nach dem Krieg als sowjetisches Internierungslager betrieben wurde, einem Lager, in dem fast 10.000 Menschen umkamen. Bemühungen der Kommunen, diese Flächen aus den Ausschreibungen herauszulösen, blieben bisher erfolglos.

Der Landtag möge beschließen:

1. Für das Gebiet des ehemaligen Lagers, der heutigen Gedenkstätte, ist ein Schutzstatus festzulegen, der die Zerstörung der Gedenkstätte unterbindet.
2. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Regelungen für das Bergrecht, das in wesentlichen Teilen noch DDR-Recht ist, auf Bundesebene umgehend überarbeitet werden, Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern sollten aufgegriffen werden.
3. Die 2016 erstellte Raumbelastungsstudie sollte erweitert werden, den sächsischen Raum mit betrachten bzw. Erkenntnisse der Planungen im Grenzgebiet darstellen und eine Betroffenheitsanalyse für die Folgen des Verschwindens der klimaresistenten Auenböden aufarbeiten.
4. Es müssen zeitliche Zusammenhänge von Abbau und Rekultivierung hergestellt, eine umfassende Rekultivierung bei den bestehenden Abbaufeldern vorangetrieben und Ausgleichsmaßnahmen in der betroffenen Region zügig umgesetzt werden.
5. Für die Umsetzung ist ein umfassendes Konzept bzw. ein Masterplan zu erarbeiten.
6. Durch landesplanerische Vorgaben ist sicherzustellen, dass Flächenkonkurrenzen wie in Mühlberg zukünftig bewältigt werden (Abbau von Rohstoffen einerseits und Hochwasserschutz, landwirtschaftliche Nutzung sowie Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft andererseits). Dies geht nur mit einer entsprechenden gesetzlichen Ausstattung und in der Folge mit dem Werkzeug der integrierten Regionalplanung.
7. Mit Blick auf die oberflächennahen nichtenergetischen Rohstoffe ist eine neue geologische Bewertung der Rohstoffsicherungsgebiete vorzunehmen.
8. Die Umsetzung bestehender Vorgaben muss engmaschig kontrolliert und die Nichteinhaltung bedingungslos sanktioniert werden.
9. Der Wirtschafts-, der Landwirtschafts- und der Kulturausschuss sowie der Ausschuss für Landesplanung sollten sich mit diesen Vorgängen insgesamt befassen, besonderes Augenmerk sollte auf den Flächen der Gedenkstätte liegen, um Überweisung in die Ausschüsse wird gebeten.

Begründung:

Die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit um den Kiestagebau im Raum Mühlberg/Elbe sind für die betroffene Bevölkerung inakzeptabel.

Die Vorgänge und Verfahren zur Veräußerung der Gedenkstätte sind unverzüglich zu stoppen, damit es nicht zu einer öffentlichen Missachtung der Opfer und der Hinterbliebenen kommt.

Die Bürger von Mühlberg und der Umgebung stellen sich nicht gegen den Kiesabbau, sie erwarten aber, dass der Abbau im überschaubaren Rahmen erfolgt und Rekultivierungsmaßnahmen nicht nur versprochen, sondern im Sinne der Menschen der Region erfüllt und endlich umgesetzt werden.

Unbefriedigende Erklärungen, warum Rekultivierungen nach dem Kiesabbau nicht realisiert werden können, dürfen nicht weiter hingenommen werden, sondern erfordern entsprechende Konsequenzen oder Sanktionen, damit nicht auch in anderen Bereichen solche Situationen eintreten und Behörden glaubhaft bleiben.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe